

Anfrage öffentlich	Datum 18.06.2025	Nummer F0214/25
Absender CDU/FDP-Stadtratsfraktion		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 19.06.2025	
Kurztitel Weihnachtsmarkt		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Borris,

das schreckliche Ereignis am 20. Dezember 2024 in der Landeshauptstadt Magdeburg ist und bleibt in der Stadtgesellschaft weiterhin ein sehr aktuelles Thema. Unschuldige Menschen haben auf grausamer Weise ihr Leben verloren oder wurden verletzt. Auch heute kämpfen Menschen und Angehörige mit dem Trauma vom vergangenen Dezember. Nach dem Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt wurde im Landtag von Sachsen-Anhalt ein Untersuchungsausschuss gegründet. Auch im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg wurde ein Sonderausschuss „Weihnachtsmarkt“ gebildet. Viele Menschen wollen gerne schnelle Antworten auf ihre Fragen haben.

Deshalb frage ich Sie:

1. Wann hat der Veranstalter des Weihnachtsmarktes 2024 erstmals beim Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt Informationen zur Anschlagsbedrohungslage angefragt?
2. Welche Unterstützung bei den Vorbereitungen für den Weihnachtsmarkt 2024 gab es vom Land Sachsen-Anhalt für die Landeshauptstadt Magdeburg/den Veranstalter?
3. Standen an den vier Zuwegungen zum Weihnachtsmarkt (2024) durchgängig Fahrzeuge der Polizei?
4. Erhielt der Veranstalter des Magdeburger Weihnachtsmarktes vor der Markteröffnung 2024 ein Abnahmeprotokoll der Polizei?
5. Wurde der Landeshauptstadt Magdeburg und/oder dem Veranstalter das polizeiliche Einsatzkonzept für den Weihnachtsmarkt 2024 zur Kenntnis gegeben?
6. Gibt es beziehungsweise auf die bestandene Sicherheitslücke bereits Lösungsvorschläge des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Großveranstaltungen?
7. Welche Reaktionen gab es vom Ministerium bezüglich neuer Anforderungen der Sicherheitsstandards für künftige Großveranstaltungen?
8. Gibt es bereits Gespräche des Landes mit der Stadt Magdeburg, die die Zuständigkeiten für künftige Großveranstaltungen genau regeln?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme innerhalb der vorgegebenen Frist gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg. Ich bitte um kurze Benachrichtigung, wenn diese Frist nicht eingehalten werden kann.

Manuel Rupsch
Stadtrat
CDU/FDP Stadtratsfraktion